

Preußen.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

40. Sitzung des Hauses der Abgeordneten (25. April).

Eröffnung 10 1/2 Uhr. Die Tribünen sind mäßig besetzt. Am Ministerium der Herr Handelsminister und vier Regierungs-Commissare. Später die Minister v. Roon, v. Bodelschwingh und v. Selchow.

Präsident Gradow theilt mit, daß an Stelle des verstorbenen Abg. von Noenne der Abg. v. Unruh zum Vorsitzenden der Handels-Commission, und der Abg. Roepell zu seinem Stellvertreter gewählt worden ist.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Budget-Commission über den Etat der Eisenbahn-Verwaltung. Referent ist der Abg. Reichenheim. Das Haus genehmigt ohne Debatte alle Anträge der Commission mit überwiegender Majorität, die Erhöhung der Einnahmen aus der Bergisch-Märkischen von 65,000 auf 75,000 Thlr., die Fälligkeit der Einnahme aus der Aachen-Düsseldorf auf 11,400 Thlr., die aus der Ruhrort-Krefelder Eisenbahn auf 43,100 Thlr.

Bei dem Abschnitt „Ausgaben“ verlangt das Wort der Abg. Riegert, um die Regierung zur Begründung eines Fonds zur Unterstützung von Eisenbahn-Neubauten im nächsten Budget aufzufordern und dazu die Ueberschüsse aus der Eisenbahn-Verwaltung anzunehmen. Es müßte hierin nach den Erfahrungen vorgegangen werden, die bei den Staats-Eisenbahnen gemacht sind. Es sei notwendig, endlich die Haupt-Eisenbahnlinien mit den Wasserstraßen in vollkommene Verbindung zu setzen. Ohne Beihilfe des Staates könne keine große Eisenbahn mehr zu Stande kommen, geschweige denn eine kleine Lokalbahn.

Zu weiteren Erörterungen führt bei dem Abschnitt „Einmalige und außerordentliche Ausgaben“ die von der Regierung verlangte Beihilfe für die Ostpreussische Südbahn-Gesellschaft zum Bau der Bahn von Willau über Königsberg nach Lyda, 12,000 Thlr. für die Meile, also bei einer Länge von 30 Meilen überhaupt 360,000 Thlr., wovon jedoch für das Jahr 1865 nur zum Ansatz gebracht werden 230,000 Thlr.

Die Commission hatte den Beschluß bis dahin ausgesetzt, bis das Haus der Abgeordneten über den bezüglichen Gesetzentwurf sich entschieden haben würde. In der 30. Sitzung, am 29. März 1865, hat das Haus der Abgeordneten auf Antrag der vereinigten Commissionen für Handel und Gewerbe und für Finanzen und Zölle, welchen dieser Entwurf zur Vorberatung überwiesen war, den Beschluß gefaßt: 1) in der Beratung des Gesetzentwurfs einzutreten und mit dem Inhalt desselben sich einverstanden zu erklären; 2) die definitive Beschlußfassung erst dann eintreten zu lassen, wenn zuvor die Budget-Commission die Vorlage vorberathen haben wird; 3) zu diesem Behuf die Vorlage vorläufig der Budget-Commission zu überweisen. — In der vorerwähnten Sitzung des Hauses ist durch eine eventuelle Abstimmung über den Inhalt des Gesetzes die Regierungsvorlage ohne Abänderung angenommen und demgemäß der Budget-Commission zur weiteren Veranlassung zugegangen.

Abg. Michaelis: Ich bin in der erfreulichen Lage, die von der Regierung verlangte Subvention warm befürworten zu können, während ich dagegen der Regierung nur dringend raten kann, von dem System der Eisenbahn-Garantien abzugeben, weil sich diese weder finanziell noch wirtschaftlich rechtfertigen lassen. Das Zustandekommen unseres Eisenbahngesetzes wird wesentlich erschwert und verhindert durch unsere hohen Einnahmen, die auch nach dem 1. Juli d. J. noch weiter eine sehr bedeutende Höhe behalten werden. So lange wir aber diese wegen unserer Zollvereins-Verträge nicht, wie es am Besten wäre, ganz beiseite lassen können, thut die Regierung Recht, Subventionen zu gewähren. Es ist das der einzige Weg, auf welchem der Staat zugleich die unzureichende Gesetzgebung der Eisenbahnsteuer, welche die Bahn selbst mit 1/2 des Reinertrages belastet, wieder gut machen kann. Der Staat kapitalisiert dadurch einen Theil der Eisenbahngarantien, die er, wenn die Eisenbahn ohne die Subvention nicht gebaut wäre, nicht bekommen hätte. Im Gegensatz dazu ist das System der Garantien finanziell höchst verwerflich, weil es den Staat gerade zu solchen Zeiten in Verlegenheiten versetzt, wo er der Mittel am Dringendsten bedarf, wo er vielleicht Schulden aufnehmen muß, um seine eigene Existenz zu sichern. — Ich weiß nicht, ob ich schon jetzt meine Abstimmung in Betreff der zugleich vorgelegten Gesetzesvorlage motiviren darf.

Präsident: Ich halte das für unbedingt gerechtfertigt, weil heute nur noch die definitive Abstimmung über den Gesetzentwurf selbst zulässig ist.

Abg. Michaelis (fortfahrend): Meine Herren! Dieser besondern Gesetzesvorlage gegenüber bin und bleibe ich der Ansicht, daß so lange unser Budgetrecht von der Regierung nicht anerkannt wird, wir uns nicht in der Lage befinden, außerordentliche Credits zu bewilligen. Thuen wir das, so werden sehr bald mehr und mehr alle die Ausgaben, die die Regierung sonst nicht bewilligt zu erhalten glaubt, in Gestalt solcher außerordentlichen Credits erscheinen und der budgettelle Zustand auf diese Weise zur Regel gemacht werden. (Sehr richtig.) Wenn wir dagegen durch die Verwerfung dieser Vorlage die Wiederherstellung des Budgetrechts an das materielle Interesse knüpfen, so schädigen wir nicht, wie der Handelsminister meint, das Interesse des Landes, sondern wir machen es dem anderen Faktor nur schwerer, den Etat zu verwerfen, und steigern im ganzen Lande das Interesse an der Wiederkehr budgetmäßiger Zustände. Von dieser Ansicht ging mein Antrag aus, durch dessen Ablehnung ich allerdings in eine etwas peinliche Lage gebracht worden bin. Ich denke, meine Herren, das preussische Volk ist ein Volk, das sein Ehrgelübde über materielle Interessen stellt: das hat es im Kriege und im Frieden tausendmal bewiesen. Es sucht aber seine höchste Ehre in der Aufrechterhaltung seiner Rechte, und wenn wir sie zu unserem ersten Prinzip machen, so werden wir das preussische Volk hinter uns haben. (Bravo links.)

Abg. Oetternath: Wir befinden uns hier in einer geschäftsordnungs-widrigen Lage (Heiterkeit), indem wir auf den Michaelischen Antrag zurückkommen. Den Gründen des Hrn. Vorredners habe ich nichts zu entgegenen oder zuzufügen, nur ist mir nicht recht klar, ob wir in diesem Augenblick nur eine Etatsbewilligung beschließen oder das Gesetz genehmigen sollen. Ich glaube, wir müssen das Letztere thun, und die Majorität müßte es mit besonderem Dank begrüßen, wenn die Regierung die Forderung einer so großen Summe nicht gelegentlich im Etat abmacht, sondern ein besondertes Gesetz vorlegt.

Reg.-Comm. Heise: Es handelt sich nicht bloß um eine Geldbewilligung, sondern um den Nachweis der Nothwendigkeit der in Rede stehenden Unternehmung und die Anerkennung derselben seitens der Landesvertretung. Daher war eine besondere Gesetzesvorlage ebenso unerlässlich als correct. So ist es bei der Kemptner-Kempe-Bahn und bei allen Rinsgarantie-Fragen gehalten worden. Mühte nun auch dies Haus in der Lage sein, solche Fragen als einzelne Positionen im Budget zu behandeln, das Herrenhaus befindet sich, da es das Budget nur i. d. Ganzen annehmen oder verwerfen kann, in dieser Lage nicht und es würde in seinem Recht gekränkt, mit seinem Votum präjudicirt werden, wenn die Regierung ihm nicht die Gelegenheit gäbe, sich über den Gegenstand der Vorlage außerhalb des Budgets auszusprechen. Für die Eisenbahnen haben nur Garantien Werth, die auf Grund besonderer Gesetze gewährt sind. Daß die verlangten Mittel zu anderen als zu den erklärten Zwecken verwendet werden können, ist ein Gedanke, der ein für allemal zurückgewiesen werden muß. Daß das hohe Haus einen Druck auf die Regierung ausüben will, um sie für die in seiner Mehrheit obwaltende Auffassung von seinem Budgetrecht zu gewinnen, das ist mir erklärlich; aber der vorliegende Fall ist dazu nicht geeignet. Denn die Regierung wird weiter regieren, auch wenn sie die Bewilligung versagt.

Abg. Simson: Die Rechte des Herrenhauses will Niemand in diesem Hause beeinträchtigen, aber auch nicht erweitern, wie es die Folge sein würde, wenn dieses Haus sich durch seine Zustimmung zu einzelnen Positionen des Budgets für dieselben händte, das andere Haus aber ohne eine solche Verpflichtung das Budget im Ganzen verwerfen kann. Das Letztere müßte doch wir zum mindesten ebenfalls zu thun berechtigt sein. Die Aeußerung des Commissionsberichtes, daß durch Annahme des Gesetzes die Regierung verpflichtet werde, den Eisenbahn-Unternehmern die verlangten Summen zu zahlen, daß sie dadurch berechtigt werde, sie zu zahlen, auch ohne Budgetgesetz, daß die Unternehmer dadurch das Recht erlangten, die Regierung zur Zahlung zu zwingen, — halte ich für verwerflich, gefährlich und irrig. Ich gebe zu, daß es berechtigte Empfänger von Staatsmitteln durch die Regierung giebt, auch auf Grund anderer Gesetze, als des Budgetgesetzes. Wenn nun aber Gesetze, Verträge u. ein solches Gläubigerrecht gewähren können, so wird der Schuldner eben der Staat, nicht die jeweilige Regierung. Für den

Gläubiger ist es gleichgültig, wer ihn befriedigt. Aber ich bestreite und möchte, daß das Haus in dieser Beziehung womöglich es einstimmig mit mir thäte, daß die jeweilige Regierung zu Zahlungen verpflichtet sei. Die Berechtigung der Regierung, zu zahlen, beruht nur auf dem Budget, welches durch kein anderes Gesetz vertreten und auch durch keine vorläufigen Bewilligungen ersetzt werden kann, denn alle solche einzelne Bewilligungen sind ja auch nur vorläufige, welche allererst durch Annahme des gesamten Budgets perfect werden können. Wenn solche einzelne Bewilligungen möglich wären, so würde ich vorschlagen, vorweg das Alles zu genehmigen, worüber kein Widerspruch unsererseits der Regierung entgegengestellt wird, und so den Streit zu localisiren, auf den Militärs-Etat, auf die 31,000 Thlr. für politische Zwecke u. dergl. zu beschränken, und so wenigstens zu drei Vierteln den budgetlosen Zustand zu befeitigen.

Aber warum denkt Niemand daran? Weil man das Budgetgesetz eben nicht zerbröckeln kann, weil es nur ein Budgetgesetz giebt, entweder ist es da, oder es ist nicht da, tertium non datur. Wenn das anders wäre, so bestände die verfassungsmäßige Prerogative des Hauses vor dem Herrenhause in der Budgetfrage nicht. Man darf nicht sagen, daß es diesem Hause nicht ebenso gut, wie dem Herrenhause, zukünde, den Etat im Ganzen zu verwerfen. Wenn nun Jemand ohne Budget an den unabweisbaren Gläubiger des Staates zahlt, so hat er im Civilprozeß allerdings die Einrede, ich habe für dich gezahlt, im Strafprozeß aber, den wir an der Hand eines Minister-verantwortlichkeitsgesetzes antreten könnten, fällt diese Einrede fort. Wenn ich Jemandem 100 Thlr. schuldig bin, so hat Niemand das Recht, an meine Kasse zu gehen und die Schuld zu tilgen. Nun ist oft gesagt, das Haus habe die Verpflichtung zu gewissen Ausgabebewilligungen. Ich erkenne an, daß es solche moralische Verpflichtungen des gefunden Menschenverstandes, des Patriotismus, mit einem Worte, moralische Verpflichtungen giebt, aber daß wir unter allen Umständen rechtlich gezwungen werden können, wenn wir nicht wollen, das erkenne ich nicht an. So entsteht für mich die größte Gleichgültigkeit darüber, ob man die Gesetze functionirt oder nicht, thut man dies, so gewinnt die Regierung dadurch auch nicht die Spur eines Rechtes, auch nur einen Thaler ohne Budget auszugeben, kommt das Budget zu Stande, so kann sie die Beihilfe den Eisenbahn-Gesellschaften gewähren, auch ohne das Gesetz. Ich möchte also, wenn es nicht unschädlich wäre, sagen, mit Bewilligung der Summen im Budget thun Sie in Ansehung der Gesetze, was Sie wollen. Ich werde von dieser Freiheit den Gebrauch machen, daß ich für beide Gesetze stimme, um damit an den Tag zu legen, daß ich gegen die Auffassung des Commissionsberichtes und ihre möglichen Consequenzen auch mit diesem Votum habe protestiren wollen. (Auf rechts: Sehr richtig. Beifall.)

Handelsminister Graf Jhekeplig: Für die Annahme des Gesetzentwurfs an sich, abgesehen von der Bewilligung im Etat, spricht der praktische Grund, daß es den Eisenbahn-Gesellschaften nur darauf ankommt, daß sie sicher sind, eine Forderung an den Staat zu haben, seine Gläubiger zu werden. Dies genügt ihnen. Ob die verlangten Summen ganz oder theilweise auf diesen oder den nächsten Etat gesetzt werden, ist nur eine Frage der Zeit, die die Gesellschaft nicht mehr incommodirt; denn sobald der Gesetzentwurf genehmigt ist, dann ist die Gesellschaft um die betreffende Summe reicher, weil sie sicher ist, daß sie zu irgend einer Zeit in den Etat aufgenommen wird. Es ist also keineswegs gleichgültig, ob die Summe auf den Etat gesetzt oder ob das bezügliche Gesetz angenommen wird; denn wenn der Etat angenommen wird und das Gesetz nicht, so haben die Gesellschaften noch keine Sicherheit, ob sie in Zukunft die Summen bekommen werden. Eine ähnliche Vorlage hat das hohe Haus bei der Kemptner-Kempe-Bahn ohne Anstand angenommen. Die Zahlung tritt ja auch erst ein, wenn die factischen Umstände sie erforderlich machen; vor allem ist die Sicherheit derselben für die Gesellschaften von größter Wichtigkeit. Daher ich nur dringend wünschen kann, daß die Gesetzesvorlage, abgesehen von allem Budgetrecht, angenommen werde.

Abg. Dr. Zechow: Ich stimme mit dem Abg. Simson darin überein, daß das Gesetz eine entbehrliche Zugabe ist und werde daher gegen dasselbe stimmen. Trotz aller älteren Praxis, muß mit Rücksicht auf die gegenwärtig eingetretene Veränderung in unseren Staatsverhältnissen mit der Bewilligung von Staatsmitteln vorsichtiger als sonst verfahren werden und darum ist das Gesetz zu verwerfen. Es wird zwar gesagt, daß durch dasselbe dem Budgetrecht des Hauses nicht vorgegriffen werden soll, aber ich erinnere Sie an die vom Hause abgelehnte Theilung des Etats in einen ordentlichen und außerordentlichen, welchen abgeschlagenen Versuch die Regierung jetzt nur in anderer Weise erneuert. Noch gestern erklärte uns ein Commissar des Handelsministers, daß die Regierung die Entscheidung darüber sich vorbehalten müsse, was an jedem Gesetz Reglement und was das Gesetz sei. Wo bleibt da die Gesetzgebung?

Abg. Birchow: Die Ausführungen des Abg. Simson mögen richtig sein, aber er sollte die Auffassung der Regierung berücksichtigen. Die Commission hat sich nur über die finanzielle Seite der Frage ausgesprochen, weshalb der Herr Abgeordnete nicht nöthig hat, eine Abstimmung vorzunehmen, als Protest gegen irgend einen Mißbrauch, der mit den im Bericht enthaltenen Ausführungen einzelner Commissionsmitglieder getrieben werden könnte. Der Abgeordnete muß sich auf den praktischen Standpunkt stellen und sich das Verfahren der Regierung vergegenwärtigen. Wenn der Hr. Handelsminister esdentlich sein wollte, würde er sich durch eine Erklärung über die ganze Discussion hinwegsetzen können. Ich frage ihn deshalb, ob er, wenn das Gesetz angenommen wird, die Regierung für verpflichtet erachtet, das Geld unter allen Umständen zu zahlen, mag das Budgetgesetz zu Stande gekommen sein oder nicht. Ich glaube, daß die Regierung diese Frage bejaht. Auch ich halte an der Ansicht fest, daß alle Ausgaben des Staates auf den Etat gebracht werden müssen; aber ich gebe zu, daß, nachdem der Etat fertig ist, eine neue Ausgabe bereiteten kann, für welche Deduction beschafft werden muß, und in diesem Falle muß die Regierung ein besondertes Gesetz, gewissermaßen einen Nachtrag zum Etat einbringen. So wurde Kemptner-Kempe erledigt; denn das Gesetz wurde eingebracht, als sich der Etat bereits in der Beratung des Hauses befand. Wenn wir, wie der Regierungs-Commissar sagt, dem Herrenhause Gelegenheit geben, sich über die einzelne Staats-Position auszusprechen, so schädigen wir dadurch unser eigenes Budgetrecht.

Daß die Vorlage die Gelegenheit bieten soll, die das Haus von der Nothwendigkeit des Eisenbahnunternehmens zu überzeugen, ist ein Motiv, das nur vor Ertheilung der Concession zutreffen konnte. Durch frühere Bewilligungen sind bereits meiner Meinung nach Eingriffe in unser Budgetrecht gemacht; durch Vorlegung besonderer Gesetze würden wir dies Recht zerbröckeln. Daß durch das kleine Gesetz kein Druck auf die Regierung ausgeübt wird, das glaube ich auch; aber wir votiren das kleine Gesetz wie das große nach unserer Ueberzeugung, und unsere Abstimmung wird der Regierung zeigen, was sie zu erwarten hat, wenn sie denselben Weg wieder betreten sollte; sie wird eine Warnung sein, nicht weiter so vorzugehen, und für die Mitglieder der Regierung, welche einen regelrechten Zustand wünschen, ein Sporn, Alles daran zu setzen, um einen Etat zu Stande zu bringen. Geht der Hr. Handelsminister diesen Wunsch, so wird ihm unser Votum eine mächtige Stütze sein dem Kriegsminister gegenüber und ein Beitrag zu den Heilmitteln werden für die tief geschädigte Gesamtentwicklung des Staates. (Beifall.)

Regierungs-Commissar R.-H. Hoffmann: Ich will nicht dazu beitragen, daß die Ausführungen des Herrn Abgeordneten für Montjoie eine weitaufgehende Debatte erregen, und mich deshalb darauf beschränken, nur einen einzigen Punkt hervorzuheben. Wenn die Stellung der Regierung den Finanzien des Staats gegenüber, sobald kein Budgetgesetz zu Stande gekommen ist, mit der einer dritten Person verglichen wird, die unbefugt die Hand an eine fremde Kasse legt, so glaube ich, daß diese Stellung weit unter derjenigen sich befindet, welche der Regierung verfassungsmäßig zukommt. Die Regierung steht den Staatsgeldern nicht als eine fremde Person gegenüber; die Staatsgelder sind ihr vielmehr zur Execution überwiesen (Obol); sind ihrer ernsten Sorge zur Verwaltung anvertraut. Auf die Bedenten, welche der Abgeordnete für Saarbrücken ausspricht, will ich bemerken, daß im Jahre 1851 ein Gesetz verfaßt wurde, welches die Regierung zu Zahlungen für die schlesischen Apphusmühlen ermächtigte. Diese Bedenten sind also schon früher und zwar wiederholt zur Erörterung gekommen und die Regierung hat bei ihren Anträgen die legislative Praxis für sich. Im Uebrigen hat die Regierung daran, daß das Gesetz zu Stande komme, ein viel geringeres Interesse, als die Gesellschaften selbst, für welche die Bewilligung der Subvention schon deshalb ein Gegenstand von Wichtigkeit ist, weil die Course der Eisenbahn-Papiere sich dann höher stellen dürften.

Abg. Klok: M. H.! Das bereits Schweigen, das der Herr Handelsminister auf die Anfrage des Mitglieds für Saarbrücken beobachtet hat, ist die beste Widerlegung der Theorie, welche das geehrte Mitglied für Montjoie uns vorgeführt hat. Dieser Theorie steht eine Praxis gegenüber, die wir leider seit drei Jahren kennen gelernt haben. Ich will zugeben, daß einem Staatsgläubiger durch das Gesetz, das ihn dazu macht, auch ein Executiv-mittel in die Hand gegeben wird, daß er also die Hilfe der Gerichte in Anspruch nehmen kann; dann aber steht doch fest, daß, wenn wir durch ein Spezialgesetz einen solchen Staatsgläubiger schaffen, und wenn die Gerichte in Anspruch nehmen, und wenn die Gerichte Anordnungen zu seinen Gunsten treffen, es für diesen speziellen Fall vollständig gleichgültig ist, ob ein Budgetgesetz zu Stande gekommen ist, oder nicht. Gezahlt muß werden mit oder ohne Budget, und das eben ist die Zerstückung und Zersplitterung des Budgetrechts; da liegt die Gefahr, die wir vermeiden wollen, da legen wir Hand an die heiligen Rechte des Hauses. Wenn der Abg. für Montjoie im Uebrigen glaubt, daß die Minister, in dem sie ohne Budgetgesetz Zahlung leisten, durch Spezialgesetze für das civilrechtliche Verfahren sich beden können, criminalrechtlich aber verantwortlich bleiben, und daß man eben für solche Fälle ein Minister-Verantwortlichkeitsgesetz vermisst, so glaube ich meinerseits, daß die Herren Minister für alle Zahlungen, die sie ohne Bewilligung leisten, diesem Hause unter allen Umständen und immer verantwortlich bleiben.

Dieser Verantwortlichkeit können sie sich nie entziehen. Was das angeht, das Recht anbelangt, daß wir den Etat im Ganzen verwerfen können, so muß ich dem entgegenhalten, daß wir nach der Verfassung nicht bloß das Recht, sondern auch die Pflicht haben, unter allen Umständen an dem Budget-Gesetz mitzuwirken und zu sehen, daß es zu Stande komme. Und zwar müssen wir das Statutgesetz zu Stande bringen, indem wir jede einzelne Position entweder annehmen, oder streichen. Dieser Pflicht können wir nicht genügen, wenn wir das Budget im Ganzen verwerfen. — M. H.! Wir befinden uns also hier in der Lage, daß wir der Theorie die Praxis gegenüber zu stellen haben. Der Herr Handelsminister hat sich auf die Anfrage des Abg. für Saarbrücken nicht erklärt; daraus scheint mir zu folgen, daß er sich für berechtigt halten wird, die Zahlungen, zu denen ihn die Spezialgesetze ermächtigen würden, zu leisten, auch wenn kein Statutgesetz zu Stande gekommen ist. M. H.! Sie haben es in Ihrer Hand, durch Annahme des Gesetzes das Budgetrecht zu zersplittern und zu zerstückeln, oder es zu kräftigen dadurch, daß Sie auch diese materiellen Fragen abhängig machen von dem Zustandekommen eines Statutgesetzes.

Abg. Michaelis: Ich bin dem Mitgliede für Montjoie mit dem Wohlgefallen gefolgt, das man stets empfindet, wenn man im Heber der reinen Logik gemäßigteren schwimmt. (Heiterkeit.) Durch seine letzten Ausführungen bin ich freilich wieder auf diese schmale Erde zurückgeführt, und wenn ich dabei bemerken mußte, daß der Regierung, die ohne Statutgesetz sich befindet, gegen eine Klage, wenn sie auf ein Spezialgesetz über den vorausgesetzten Posten sich beziehen kann, eine civilrechtliche Einrede geschaffen worden ist, daß sie aber trotzdem strafrechtlich für die nichtbewilligten Ausgaben verantwortlich bleibt, so möchte ich dabei denn doch daran erinnern, wie es thatsächlich mit dieser Verantwortlichkeit steht, und daß mit ihr vor der Hand schlechterdings nichts zu machen ist. Deswegen würde ich es vorsehen, eine solche civilrechtliche Einrede lieber erst gar nicht zu schaffen. Wir haben es ja auch von dem Herrn Reg.-Commissar gehört, daß die Regierung sich nicht bloß als Befehlshaber, sondern auch als Verwalterin der Staatsgelder betrachtet; wir haben demnach noch weniger Grund, für das Verfahren, das sie in dieser Stellung einhalten zu dürfen glaubt, im Wege der Spezialgesetze eine civilrechtliche Entschuldigung zu schaffen.

Wenn ich ihr die civilrechtliche Einrede nicht schaffen will, so möchte ich ihr dadurch das budgetlose Regieren etwas schwerer machen, als bisher, möchte ich ihr nicht den Umweg ermöglichen, auf dem sie das directe Nicht-berechtigtsein dadurch umschifft, daß sie indirect gegen eine Klage sich eine Einrede schafft, möchte ich ihr mit einem Wort nicht die bona fides gefallten, von der, wie Alle wissen, sie den allerumfassendsten Gebrauch zu machen pflegt. Und nun möchte ich den Abgeordneten für Montjoie bitten, nachdem er gewahrt geworden ist, daß der Herr Handelsminister die Frage des Abg. für Saarbrücken nicht beantwortet, und nachdem er weiter die Ausführungen des künigl. Commissars gehört hat, im Interesse des Budgetrechts gegen die Gesetzesvorlage zu stimmen, wie er vorher im Interesse seiner Theorien für dieselbe hat stimmen wollen.

Abg. Dr. Gneist: Ich kann mich nicht aberzogen, daß die Lage heute eine andere sei, als sie es bis heute gewesen ist. Man kann ein entscheidendes Gewicht darauf legen, eine nützliche Ausgabe bewilligen zu wollen, und daneben sagen: ich lege ein entscheidendes Gewicht darauf, ob durch diese Bewilligung das Ministerium in die Lage kommt, eine Verantwortlichkeit auf eine einzige 100,000 Thlr. weniger zu haben, während für sie bereits eine unabweisende Verantwortlichkeit von eben so viel Millionen vorhanden ist. Andererseits kann man sagen: wir wollen unter allen Umständen in dieser anomalen Lage uns zu keiner Ausgabe entschließen, auch wenn sie nützlich ist, sondern die moralische Verantwortlichkeit für den Ausfall dieser zum Besten des Landes nöthigen Summe auf das Ministerium schieben, das den budgetlosen Zustand verschuldet. Meine Auffassung ist die, daß von dem Budgetrecht unzweifelhaft Gebrauch gemacht werden muß in dem entscheidenden Moment, wo es sich um weittragende, ernste und große Fragen handelt, wie z. B. in unserer Militärfrage, und zwar selbst auf die Gefahr hin, tiefe Convulsionen im Staate herbeizuführen. Aber es genügt mir auch, auf diesem ganz unzweifelhaft feststehenden Boden, auf dem Gebiete, auf dem wir bisher die Ausgaben verweigert haben, stehen zu bleiben, hier allein die klare Verantwortlichkeit der Minister festzuhalten, ohne dieselbe in solcher Weise auszuhebeln, daß ihre bestimmt ausgesprochene Verantwortung zweifelhaft wird. Aus diesem reinen Rücksichtsgrunde haben wir für die Vorlage gestimmt, obwohl wir wissen, daß die Verantwortlichkeit der Minister sich extensiv um etwas verkleinert.

Der Schluß der Debatte wird beantragt und angenommen. Bei der Abstimmung wird zunächst Antrag V. der Commission mit großer Majorität angenommen. Dieser Antrag lautet: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, den Tit. 8 des Kap. 9 der Extraordinaria zu beschließen: „Dispositionsfonds zu unvorhergesehenen, außerordentlichen Verwendungen für die Staats-Eisenbahnen, über dessen Verwendung der Minister für Handel und Gewerbe jedes Jahr nach dem finalen Abschluß des Staatsjahres der Landesvertretung Rechenschaft zu geben hat. — Mit derselben Majorität wird angenommen Antrag VI. der Commission, Kap. 9 der Extraordinarien (im 8. Tit. mit im Ganzen 947,750 Thlr.) zu genehmigen.

Das Haus geht darauf über zu der definitiven Schlussabstimmung über den von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurf, betreffend die „Erweiterung einer Beihilfe des Staates an die Rüst-Zustitzer Eisenbahngesellschaft“, so wie an die zur „Herstellung einer Eisenbahn von Willau über Königsberg, Bartenstein, Rastenburg und Lyda concessionierte ostpreussische Südbahngesellschaft“. — Dieser Gesetzentwurf wird mit bedeutender Majorität abgelehnt. (Dafür nur die Conserbativen, die katholische Fraktion, die Alliberalen und Dr. Gneist mit einem geringen Theile des linken Centrums.)

Es folgt der Bericht der XIV. Commission über das Gesetz, betreffend die Versorgung der Militärs-Invaliden vom Oberfeuerwerker, Feldwebel und Wachtmeister abwärts, so wie die Unterstützung der Wittwen der im Kriege gebliebenen Militärpersonen desselben Ranges. Referent ist der Abg. Stabenhagen. Eine große Anzahl von Amendements ist eingebracht worden, die ausreichende Unterstützung finden, aber erst morgen im Druck zur genauen Kenntniß des Hauses gelangen können. Heute, wo man sich mit der allgemeinen Debatte begnügt, ist die Kenntniß ihres Wortlautes noch nicht erforderlich. Beim Beginn der allgemeinen Debatte ergreift der Berichtsfasser das Wort, der

Abg. Stabenhagen: Bis zum Jahre 1851 war die gesetzliche Verpflichtung des Staates zur Versorgung der Invaliden nicht anerkannt. Bis dahin sprach man von Gnadengehalt und Gnabengaben. Das erste derartige Gesetz, welches der Commission für Finanzen und Zölle überwiesen wurde, ist in der zweiten Kammer ohne Debatte en bloc angenommen worden. Heute scheint das nicht der Fall zu sein. Das Gesetz von 1851 hat die Invaliden der späteren Friedenszeit besser gestellt, als die aus den Freiheitskriegen. Der Abicht des Gesetzes, das Loos derselben günstiger zu gestalten, stimmt die Commission mit Freuden zu, und wenn die von der Res-

gierung gebilligten Änderungen im Einzelnen ebenfalls Annahme in diesem Hause finden, so wird ein heilsames Gesetz zu Stande kommen, durch welches der Staat seine Schuld gegen die Invaliden theilweise abtragen und seine Fürsorge auch auf die Wittwen der Gefallenen ausdehnen wird.

Abg. Ziegler: Das Gesetz vom 4. Juni 1851 über das Invalidenpensionswesen sei von den damaligen Kammern ohne alle Debatte angenommen worden. Er habe gewünscht, daß dies auch jetzt geschehen könne, weil es ihm am Herzen liege, die Invaliden, besonders auch die von der Regierung vergessenen, von der Commission aber berücksichtigten, Veteranen aus den Freiheitskriegen, recht bald in Besitz erhöhter Benefizien zu setzen; es sei ihm daher schwer geworden, sich gegen das Gesetz einzusetzen zu lassen, zumal zwischen Commission und Staatsregierung diese Frage mit vollem gegenseitigen Vertrauen behandelt worden sei. Aber er müsse das Wort nehmen, weil in das Gesetz eine neue Bestimmung eingeschoben sei, die wirklich mehr eine Reorganisation enthalte, als die große Reorganisation der Armee, die er vielmehr für eine Augmentation halte. Es bezeuge uns hier nämlich ein wirklicher Gedanke, der, weil er eben Gedanke sei, mit momentaner Kraft fortwirke und unsere ganze Armee-Organisation untergrabe; wäre man den Anträgen des Redners über Redaction und Deconomie der Gesetzes gefolgt, so würde man gesehen haben, daß zwei verschiedene Gesetze vorgelegen haben und dann würde das neu eingeschobene Pensionsgesetz für Genuß, die längere Zeit gebietet haben, evident als ein neues Element hervorgetreten sein. Die Sache nämlich — fährt der Redner fort — ist die: nach dem Gesetz vom 4. Juni 1851 muß man, um Invalidenlohn zu erhalten, militärisch dienstunbrauchbar, und zugleich mehr oder weniger erwerbsunfähig sein.

Die Vorlage der Regierung führt eine neue Klasse von Leuten ein, indem sie in § 7 sagt: „Von dieser Vorschrift wird jedoch zu Gunsten der 20 und 15 Jahr Oldaten abgesehen, indem der Nachweis der Invalidität über rüßig resp. gänzlichtheils aufgehobene Erwerbsunfähigkeit durch die längere Dienstzeit als geführt zu erachten ist.“ Die Commission hat dies Princip adoptirt und die Dienstzeit von 20, 15, 12 Jahren auf 30, 24, 18 Jahre erhöht, damit ist nichts geschehen; principiis obsta. Die Zahlen können durch eine gefällige Kammer in einer halben Stunde wieder geändert werden und wenn man sagt, die Sache sei praktisch unerbittlich, weil Leute nach so langer Dienstzeit doch erwerbsunfähig werden, so kann man es ja beim alten Gesetz belassen, denn darnach sind sie dann Invaliden und erhalten als solche ihre Pension. Sie können leicht finden, daß Leute, die ferngesund sind, im Alter von 40 oder 35 Jahren zu einer ausreichenden Pension gelangen. Jedes Kind folgt gern dem Stande des Vaters, und so werden wir erleben, daß wir zu den enfants perdus gelangen aus den classes d'engereuses, die auf den Straßen zu Paris geschickt um Geld spielen und bereit sind in jede faßhafte Tracht sich zu flecten, um Europa gefällig zu werden, parceque l'armée s'ennuie. Ich glaube nicht, daß es Absicht des Hauses sein kann, dies Beginnen zu unterstützen, um darüber hinweg zu kommen, daß sie den Unteroffizieren das Abanement in die Offiziersstellen auch in Friedenszeiten eröffnen soll. Dagegen sprechen die Erfahrungen die seit, wie jenseits des Ozeans; jenseits, von woher man schon einmal ein großes militärisches Princip, das Tricolore-System, ererbte und wo gegenwärtig ein neuer, großer Grundlag geboren ist, nämlich der, im Frieden eine möglichst kleine, wohlorganisirte Armee zu haben, in welche ein einigermaßen eingedrehtes Volk eingereiht werden kann, inzwischen aber durch harte Arbeit Perle und Reichthümer zu schaffen, um, wenn es darauf ankommt, Massen und den höchsten Jörn der Wälder, den Jörn des verletzten Eigenthums und verletzten Rechts in die Schlachten zu führen.

Vieten wir Ehre statt Geld, eröffnen wir den Unteroffizieren das Abanement in die Offiziersstellen. Ich gehöre nicht zu denen, welche in die Traditionen, in die Organisation der alten Armee ohne Weiteres eingreifen wollen, ich will auch nicht die schweizerische Wehr, da sie für unser Terrain und unsere Grenzen ungeeignet ist, einführen. Ich würze mit meiner ganzen Ueberzeugung in der Armee-Organisation von 1814, ich will sogar dem Hrn. Kriegsminister Waffen gegen mich in die Hand geben, indem ich zugesteh, daß das Copulationsrecht und die Homogenität des Offiziersstandes dahin mit gewirkt hat, daß unsere Offiziere mit reinen Händen aus Frankreich gekommen sind und nicht daran gedacht haben de faire une petite fortune, daß sie nicht aus Versehen das Silberzeug mitgenommen, von dem sie gegeben, daß kein General das Unglück hatte de trouver quelques mechantes pierrieres (einige schlechte Steine zu finden) an einer Madonna, Steine, von denen sich später fand, daß sie eine Million Franken werth waren. Ich komme deshalb mit keiner Resolution, ich überlasse dem Hrn. Kriegsminister ganz die Arbeit, ich überlasse ihm, successive die Sache einzuführen, ich will nur unsere gute Position aus dem Jahre 1851 wahren, weil er dann nicht anders kann, er muß die Unteroffiziere zu den Offiziersstellen zulassen. Der Hr. Kriegsminister ist dazu auch der geeignete, und wie ich glaube auch geneigte Mann, denn als neulich der Abgeordnete Gneist erwähnte, daß wir in unseren jungen Leuten ein kostbares Material besäßen, als andere Armeen, räumte der Minister dies nicht nur ein, sondern fügte selbst hinzu, daß dies kostbare Material sich besonders äußere in dem freien Gehorsam unserer Soldaten.

Das ist ein großes Wort, der freie Gehorsam ist das Gefühl der Pflicht aus bewusstem Recht, und ich habe im Gespräch mit Franzosen sie darauf aufmerksam gemacht, daß sie nicht glauben dürften, in Deutschland die Soldaten von 1792 und 1806 zu finden, daß bei uns freie Männer lebten, die, weil sie Rechte hätten, auch hingebend ihre Pflicht übten, besser erzogen, gehärtet und agiler ihnen entgegengetreten würden. Dies ist auch der Grund, aus welchem bei Doppel elegant gekämpft wurde, nicht die Reorganisation, die sich ja gar noch nicht geltend gemacht haben konnte, die jedoch entstanden war. Der Ausdruck freier Gehorsam ist mir zum erstenmale vorgekommen, als der Herzog von Wellington sich erlaubt hatte, im englischen Parlament die preussische Disciplin zu bemängeln. Damals trat ihm der General von Grolman freigeig entgegen, indem er zwar zugab, daß unsere jungen Leute eher einen lustigen Streich machten, aber wenn es darauf ankommt, durch knietische Morder nach einer Peroute bei Ligny am andern Tage zur Attaque überzugehen, um den Engländern zu Hilfe zu kommen, dies nicht möglich sei durch den Drill und die neunschwänzige Kage, sondern durch den freien Gehorsam. (Lebhafter Beifall.) Der Kriegsminister hat damit einkundigt, daß er das nötige Material in unseren jungen Leuten und Unteroffizieren besitzt, um daraus Offiziere zu machen.

In der Commission wurde u. A. das Faktum angeführt, daß allein im 35. Regiment, das sich ja besonders ausgezeichnet hat, 40 einjährige Freiwillige, größtentheils Studenten, Unteroffiziersdienst gethan, daß aber die Studenten nicht hätten zu Offizieren avanciren können, weil sie sich nicht in der entsprechenden Lebensstellung befanden. Ist das wahr, nachdem nach 1813, 14 und 15 aus den Studenten zahlreiche und gute Offiziere hervorgegangen? Können noch jetzt unsere Offiziere aus Kadettenhäusern, junge Leute von 17 Jahren mit der gebrüchlichen Charaktereise zu Offizieren bilden, so wäre es an der Zeit, unsern Stolz und die Fierde Deutschlands, die Unversität vom Erdboden wegzuwischen, dann wäre es an der Zeit, wie mein verlorener Freund wehmüthig zu fragen: „Sind denn die Geister eines Kant, Hegel, Fichte, Schleiermacher wie die Kraniche über Deutschland hinweggezogen? Gaben sie keine Spur zurückgelassen?“ — W. H. I. Ich leite in dieser Frage keine politische, keine Parteianfrage! Die Demokratie (zur Rechten) ist Ihnen immer verdächtig gewesen; die berliner und westfälischen Jungen stanken bei Ihnen nicht in gutem Geruch.

Freilich ist mit ihnen nicht zu spaßen, wenn man ihre Rechte schädigt, aber auch nicht dem Feinde gegenüber. (Bravo zur Linken.) Wir wollen uns ein für allemal abfinden; das Herz der Demokratie ist immer da, wo die Fahnen des Vaterlandes wehen. (Lebhafter Beifall.) Ich könnte Ihnen noch historisch erzählen, daß Massena und Bernadotte Unteroffiziere, letzterer sogar 9 Jahre lang Unteroffizier, waren, und er hat es doch eckelnd weit gebracht. (Heiterkeit.) Ich will nur noch an das militärische Räthsel erinnern: Es giebt eine Stadt in Preußen mit 6000 Einwohnern, die in zwanzig Jahren hervorgebracht hat: 1 Marschall, 1 General-Lieutenant, 3 General-Majore und 4 Obersten. Diese Stadt heißt Scharlouis. Nun, m. H., was sie als französische Stadt gekostet hat, das wird sie auch als deutsche Stadt können (Beifall); es wird dies jede deutsche Stadt können, denn das weiß ich, auf unserer Seite ist die größere Bildung und der höhere sittliche Ernst. Ich bitte Sie deshalb, mit mir zu stimmen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Frhr. v. Baer: In Bezug auf diesen Gesetzentwurf herrscht eine in diesem Hause seltene Harmonie. Doch kann ich dem Vorredner nicht Recht geben, wenn er von einem neuen Element in der Vorlage spricht. Was er für neu hält, befindet längst durch Zahlung des Capitulationgelbes u. s. w. Die Heranziehung von tüchtigen Unteroffizieren ist freilich notwendig und das Bedürfnis auch von der Regierung durch Gründung von Unteroffizierschulen anerkannt. Der Vergleich mit Frankreich trifft nicht zu, weil dort die Dotation für die Unteroffiziere aus den Stellvertretungskosten genommen wird. Mir erscheint die Belohnung für langjährige Dienstzeit durchaus angemessen, ja ich halte sogar die Normirung der letzteren auf 20 Jahre, wie ein Amendement vorschlägt, für zweckmäßig. Es ist ein schwerer Vorwurf, den man dem Unteroffizier macht, wenn man sagt, er habe wenig Arbeit; vielmehr liegt ihm eine große Abtheilung ob, und das Wort „Arbeit ist Ehre“ trifft durchaus auch auf diesen Stand zu. Der Ausspruch Napoleon's, daß jeder Soldat den Marschallstab in seinem Tornister trägt, ist ein Sporn, aber auch nur ein Sporn. Auch bei uns sind tüchtige Unteroffiziere in früheren

und auch in der letzten Campagne zu Offizieren befördert worden. Ich bitte Sie, das Gesetz anzunehmen.

Da sich kein Redner weiter gemeldet hat, so wird die allgemeine Debatte geschlossen. Es erhält nur noch der Referent das Wort.

Abg. v. Stabenhausen: Die Mittel der Regierung, um dem Mangel an Unteroffizieren abzuheilen, erwiesen sich bisher als unzulänglich. Auch der Erfolg eines neuen Modus bleibt ihm höchst zweifelhafter, und die Maßregel kann niemals eine solche Ausdehnung gewinnen, daß von den Nachtheilen, die der Abg. Ziegler fürchtet, die Rede sein kann. Was ihre Beförderung zu höheren Chargen betrifft, so kann sie bei den gegebenen Verhältnissen nicht anders als ganz allmählich und successive eingeführt werden, so viel sich auch dafür sagen läßt. Am Ende aber wird die Regierung selbst zu diesem letzten Mittel, als dem einzig wirksamen, greifen müssen.

Mit Rücksicht auf die zahlreichen ungedruckten Amendements wird ein Antrag des Abg. v. Bonin auf Vertagung angenommen. — Präsident Gradow zeigt an, daß er am 27. und 28. d. M. ebenfalls die Militär-Nobele auf die Tagesordnung setzen werde.

Schluß 2½ Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 10 Uhr. (Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Debatte und Discussion des Berichts über die mit den Reichsunmittelbaren geschlossenen Verträge.)

Berlin, 25. April. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem früheren Minister-Präsidenten und Minister der auswärtigen Angelegenheiten, jetzigen Präsidenten der Deputirten-Kammer der Republik Chile, Manuel Antonio Tocornal, den königl. Kronen-Orden 1. Klasse, dem Obersten Otto, à la suite der Garde-Artillerie-Brigade und Director der Pulverfabrik zu Spandau, und dem königl. sächsischen Ober-Forstmeister, Kammerherrn v. Trebra, den königl. Kronen-Orden 2. Kl., sowie dem königl. sächsischen Major Senft v. Bilfach im 1. Reiter-Regiment Kronprinz der rothen Adler-Orden 3. Klasse und dem königl. niederländischen Lieutenant zur See 1. Klasse und Adjutanten des Marine-Ministers, Wihers, den königl. Kronen-Orden 3. Klasse; ferner dem Kammerjunler Grafen Heinrich Johann Clemens v. Voos-Waldeck auf Bornheim, die Kammerherren-Würde zu verleihen; die Kreisrichter D'ham in Brilon, Bender und Sommerwerd in Siegen zu Kreisgerichts-Räthen zu ernennen; dem Rechtsanwalt und Notar Scheele in Arnsberg den Charakter als Justizrath; dem Kreisgerichts-Secretär Rals in Siegen den Charakter als Kreisrath; und dem Kreisgerichts-Secretär, Sportel- und Deposital-Kassen-Verwalter Kneer in Sechingen den Charakter als Rechnungsrath zu verleihen; den Ober-Vorsteher der Kaufmannschaft in Memel, Kaufmann Julius Albert Richter, zum Commerzienrath und kaufmännisch-technischen Mitgliede der Schiffsfabrik- und Handels-Deputation des Kreisgerichts in Memel zu ernennen; und dem Kaufmann Johann Friedrich Culner hieselbst das Prädikat eines königl. Hoflieferanten zu verleihen.

[Zur Hofrauer.] Auf Se. Majestät allerhöchsten Spezialbefehl wird die gestern auf vierzehn Tage angelegte Trauer für Seine Maj. Subjekt den Großfürsten Thronfolger von Rußland von vierzehn Tagen auf drei Wochen verlängert.

Den Maschinen-Fabrikanten Wilhelm Schüter und Emil Raybaum in Berlin ist unter dem 22. April d. J. ein Patent auf ein Mundstück für Ziehpresse-Maschinen auf fünf Jahre ertheilt worden.

Berlin, 25. April. [Se. Majestät der König] befohlen haben heute auf dem Exercierplatze bei Moabit das 1. Bataillon 2. Garde-Regiments zu Fuß, nahmen hierauf den Vortrag des General-Lieutenants und General-Adjutanten Frhr. v. Mantouffell und die Meldungen des Contre-Admirals Zachmann, des Obersten v. Schimmelmann, der Oberst-Lieutenants v. Wietersheim und v. Podewils und mehrerer anderer Offiziere entgegen.

Später wohnten Allerhöchstdieselben dem Todten-Amt für Se. kaiserliche Hoheit den Großfürsten-Thronfolger in der Kapelle der kaiserlich russischen Gesandtschaft bei.

Gewinne der 4. Klasse 131. Lotterie. (Ziehung vom 25. April.)

A. Aus dem Staats-Anzeiger.

Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 4ten Klasse 131ster königlichen Klassen-Lotterie fiel der 2. Hauptgewinn von 100,000 Thlr. auf Nr. 85,562. 2 Hauptgewinne zu 10,000 Thaler fielen auf Nr. 28,585 und 29,703. 3 Gewinne zu 5000 Thlr. fielen auf Nr. 35,864, 41,419 und 53,711. 4 Gewinne zu 2000 Thlr. auf Nr. 28,217, 35,573, 45,048 und 53,963.

39 Gewinne zu 1000 Thlr. auf Nr. 2992, 4303, 6276, 10,076, 10,352, 10,599, 13,398, 14,591, 18,042, 19,306, 21,244, 22,622, 23,074, 23,483, 27,586, 30,594, 31,663, 33,883, 34,501, 35,775, 38,773, 39,648, 42,507, 45,290, 50,366, 51,808, 53,453, 54,823, 57,281, 57,940, 68,304, 81,490, 83,428, 84,115, 87,254, 89,899, 92,046, 93,022 und 94,799.

48 Gewinne zu 500 Thaler auf Nr. 5021, 11,552, 12,153, 13,127, 16,795, 17,304, 19,637, 25,547, 25,725, 27,193, 30,454, 32,300, 32,988, 33,245, 35,305, 38,248, 38,992, 41,309, 43,237, 45,938, 50,990, 51,923, 52,335, 53,771, 54,235, 55,629, 58,074, 62,804, 63,227, 63,607, 64,582, 65,347, 65,683, 66,097, 68,736, 69,578, 70,880, 72,143, 79,128, 81,775, 83,241, 83,605, 86,704, 88,978, 90,570, 90,775, 91,164 und 93,212.

66 Gewinne zu 200 Thlr. auf Nr. 241, 1721, 4083, 4497, 5346, 6497, 7819, 9486, 11,913, 12,256, 12,850, 13,761, 14,910, 18,195, 20,979, 21,636, 22,246, 23,519, 25,207, 25,410, 27,287, 30,701, 31,257, 34,214, 36,490, 36,753, 38,853, 38,067, 38,272, 38,334, 39,673, 40,031, 42,617, 45,948, 47,315, 47,873, 49,791, 49,821, 50,654, 55,552, 55,634, 55,885, 57,813, 60,367, 61,037, 61,864, 61,938, 63,027, 65,045, 69,253, 70,058, 72,766, 76,088, 77,169, 77,992, 81,108, 82,390, 82,438, 83,158, 83,497, 85,258, 87,830, 88,921, 91,550, 91,968 und 94,589.

B. Aus dem Berliner Fremden- und Anzeigerblatt, nur die Gewinne zu 70 und 100 Thlrn.

(Die Gewinne zu 100 Thlrn. sind der Nr. in Parenthese beigefügt.)

49, 107, 253, 301, 89, 99, 464, 90, 546, 92, 646, 75, 738, 60, 90, 1025, 27, 108, 50, 207, 22, 49, 97 (100), 325, 426, 41, 508, 97, 685, 706, 16, 810, 56, 66, 85, 2068, 73, 91, 133, 41, 306, 492, 517, 67, 88, 97, 752, 76, 803, 91 (100), 920, 38, 3040, 52, 56, 68, 70, 75, 96, 147, 211, 24, 80, 342, 54, 78, 447, 81, 540, 51, 63, 625, 28, 43, 726, 826, 59 (100), 905, 31, 85, 4077, 82, 113, 299, 307, 35, 88, 414, 527, 52, 60 (100), 95 (100), 667, 81, 751, 90, 834, 5, 91, 908, 17, 93, 5041, 55, 64, 68, 105, 34, 74, 251, 71, 94, 307, 18, 57, 416, 23, 533, 89, 613, 49, 91 (100), 704, 34, 817, 55, 934, 48, 58, 88, 6055, 87, 91, 119, 61, 65, 78, 88, 288 (100), 370, 90, 430, 509 (100), 57, 70, 99, 629, 64, 84, 712, 17 (100), 61, 807, 19, 20, 56, 57, 60, 80, 952, 7016, 26, 154 (100), 65, 200, 22, 57 (100), 327, 69, 84, 91, 418, 42 (100), 71, 551, 6, 62, 65, 720, 28, 806, 922, 31 (100), 59, 64, 65, 8006, 224, 375, 405 (100), 32 (100), 58, 73, 501, 64, 624, 61, 57, 82, 96, 742, 69, 888, 903, 27, 9031, 35, 39, 45, 85, 88, 103, 229, 42, 55, 483, 531, 82, 658 (100), 60, 710, 82, 92 (100), 840, 47, 50, 52, 59, 900, 23, 75.

10,003. 130, 59 (100), 67, 68, 211, 22, 29 (100), 54, 58, 93, 99, 466, 505, 65, 617 (100), 61, 64, 95, 738, 831, 971, 79, 82, 11,018, 49, 71, 210, 75, 302, 21, 67, 78, 95, 533, 78, 686, 719, 27, 1018, 29, 62, 819, 37, 57, 66, 12,000, 16, 52, 126, 60, 231, 47, 65, 67, 355 (100), 56, 455, 82, 505, 58 (100), 71, 94, 604, 52, 761, 73, 97, 827, 96, 914, 53, 62, 69, 13,011, 24, 27, 75, 77 (100), 91, 96, 203, 8, 47, 60, 86, 321, 27, 80, 471 (100), 92, 528, 80, 604, 14 (100), 753, 74, 88, 822, 54, 907, 14, 43, 91, 14,008, 30, 104, 29, 62, 244, 371, 431, 88, 500, 26, 51, 620, 28, 94, 723, 24, 809, 10, 14, 58 (100), 946, 15,008, 66, 162, 72, 87, 273, 312, 76, 87, 97, 528, 606, 67, 741, 50, 58, 960, 63, 16,018 (00), 20, 84, 187, 209, 25 (100), 57, 358, 60 (100), 86 (100), 97, 40, 18, 613, 26, 750, 88, 807, 80, 97 (100), 936, 17,068, 70, 85, 101, 24, 46, 51 (100), 21, 343, 53, 70, 453, 60, 95, 500, 30 (100), 63, 675, 728, 36, 61, 81 (100), 825, 67, 968, 18,018, 53, 145, 212, 25, 337, 67 (100), 409, 20, 49, 60, 61, 515, 30, 55, 64 (100), 680, 760, 72, 75, 826, 55, 984, 19,004, 93, 138, 73 (100), 83 (100), 203, 22, 29, 43, 323, 84, 521, 33, 61, 98 (100), 798, 840.

20,067. 91, 123, 97, 236 (100), 317, 485, 542, 97, 670, 82 (100), 750, 99, 850, 63, 75, 963, 21,020, 68, 318, 24, 533, 79, 635, 60, 749, 93, 807, 908, 10 (100), 44, 94, 22,003, 86, 87, 132, 81, 85, 201, 64, 312, 22, 34, 57 (100), 60, 65, 436, 528, 92, 699, 757, 832, 55, 74, 97, 938, 23,133, 66, 73, 98, 203, 16, 17, 31, 80, 334, 414, 16, 18, 45, 46, 514, 70, 87 (100), 617, 92, 728, 32, 53, 71, 81, 85, 862, 80, 82, 84, 914, 38, 59, 78, 94, 24,017, 54, 70 (100), 92 (100), 105, 51 (100), 210, 28, 42, 78, 343, 81, 429, 49, 68, 98, 547, 49, 604, 45, 723, 56, 946, 96, 25,031, 148, 60, 265, 92, 316, 98, 449, 59 (100), 92 (100), 520, 32, 63, 613, 44, 785, 899 (100), 904, 24, 47, 51, 73, 87, 26,038, 176, 205, 77, 78, 344, 68, 73, 480, 579, 622, 98, 701, 39, 80, 819, 45, 914, 25, 27,070, 105, 224, 39, 63, 314, 96, 451, 93, 574, 609, 54, 57, 763, 86, 95 (100), 896 (100), 949, 53, 28,035, 106, 15, 38, 81, 87, 299, 320, 56, 473 (100), 81, 592, 803, 812 (100),

61, 939, 41, 79, 29,022, 24, 58, 159, 211, 82, 313, 37, 39, 94, 406, 18, 528, 656, 77, 736, 829, 74.

30,141. 227, 58, 320, 408 (100), 18, 61, 553, 91, 603, 5, 67, 702, 807, 961, 31,091, 125, 60, 215, 72, 330, 79, 80, 400, 23, 71, 97, 99, 568, 601, 11, 59, 77, 781, 813, 29, 33, 56, 69, 929, 41, 48, 32,079, 272, 74, 311, 79, 80, 99, 522, 37 (100), 49, 68, 638, 94, 98, 742, 64, 71, 86, 816, 23, 931, 75, 90, 33,022, 174, 271, 359, 82, 40, 1, 12, 507, 645 (100), 59, 94, 928, 41, 34,006, 30, 63 (100), 74, 103, 360, 74 (100), 508, 24, 52, 75, 604, 75, 708, 50, 803, 78, 937, 35,009, 39 (100), 71, 93, 132, 33, 41, 69, 324, 490, 530, 90, 608, 9, 69, 91, 738, 805, 929, 46, 64, 36,009, 191, 255, 66, 316, 45, 91, 452, 56, 500, 75, 90, 676, 82, 93, 706, 824, 40, 904, 20, 38, 37,039, 157 (100), 62, 226, 59, 60, 307, 14, 85, 444, 56 (100), 87, 96, 511, 626, 824, 31, 994, 38,001, 54, 112, 15, 265, 68, 301, 18, 424, 92, 507, 90 (100), 612, 77, 716, 826, 53, 66, 915, 16, 21, 33, 56, 69, 39,007 (100), 126, 69, 92, 219, 306, 14, 402, 11, 558 (100), 62, 645, 746, 87, 816, 943, 49.

40,006. 50, 152, 59, 70, 87, 99, 268, 92, 521, 22, 612, 51, 812, 99, 903, 56, 41,041 (100), 147, 57, 76, 217, 18 (100), 23, 24, 25, 358, 83, 421, 643, 64, 712, 65, 79, 868, 73, 942, 42,045, 70, 135, 236 (100), 85, 440, 83, 502, 21, 602, 13, 980, 43,156, 58, 274, 308, 43, 46, 62, 473, 507, 16, 41, 66, 668, 720, 43, 811, 68, 917, 26, 44,024, 136, 76, 213, 19, 64, 355, 71, 534, 72, 607, 51, 66, 91, 723 (100), 49, 800, 84, 45,005 (100), 8, 130, 40 (100), 88, 89, 217, 321, 424, 546, 93, 636 (100), 58 (100), 68, 739, 48, 99, 82 (100), 55, 72 (100), 99, 46,053, 97, 130, 48, 61, 200, 35, 300, 43, 416, 73, 518, 51, 62, 88, 605, 17, 88, 94, 781, 89, 93, 844, 47, 63, 98, 47,068, 198, 222, 318, 86, 425, 85, 518, 70, 626 (100), 39, 63, 97, 706, 85, 90, 874 (100), 911, 56, 91, 48,158, 417, 24, 59, 78, 541, 607, 30, 704, 65, 66, 844 (100), 64, 973, 96, 49,011, 30, 56, 63, 143, 44, 82, 343, 76, 91, 467, 697, 883, 908, 21 (100), 93.

50,028. 76 (100), 226, 347, 80, 450, 562, 64, 606, 40, 769 (100), 825, 938, 98 (100), 51,149, 86, 318, 431, 88, 94, 500, 69 (100), 608, 88, 92, 943, 87, 52,008, 114, 213, 28, 354, 73, 474, 677, 81, 705, 98, 821, 61, 932, 65, 72, 53,042, 150 (100), 51, 310, 26, 540, 62, 636, 757, 891, 54,109, 24, 39, 54, 263, 423, 45, 521, 24, 90, 700, 986, 55,115, 24, 223, 33, 312, 22, 410, 85, 623 (100), 733, 887, 954, 56,008 (100), 26, 31, 110, 32, 77, 869, 418 (100), 22, 28, 64, 606, 30, 787, 803 (100), 23, 25, 70, 905, 57,014 (100), 139, 200, 463 (100), 505, 11, 14 (100), 15, 84, 672, 709, 20, 97, 891, 99, 920, 53, 58,133, 46 (100), 205, 49, 54, 393, 472, 623 (100), 58, 732, 80, 832, 977, 59,042, 100, 293, 304, 73, 94, 554, 63, 657, 73, 78, 729, 67, 802, 71, 915, 45.

60,020. 118, 290, 92, 97, 413, 55, 91, 518, 43, 82, 608, 42, 51, 76, 853, 926, 61,033, 41, 91 (100), 112, 28, 86, 202 (100), 37, 50, 333, 559, 83, 93, 610 (100), 26, 89, 745, 54, 85 (100), 869, 92, 933, 53, 87, 95, 62,113, 47, 289, 359, 93, 97, 444,

gen Sinne ausgebildet wurde, so dürfte eine Versammlung von ernst und zu diesem Zweck von ihren Mitbürgern gesetzlich beauftragten Mandatären eine nach allen Seiten hin wirkende Kraft äußern.

Die Declarationen werden aufgehoben, die Realitäten werden an deren Stelle treten.

(Der Artikel bespricht nun die Schulden der Herzogthümer; wir kommen darauf zurück.)

[Die preussische Bank.] Es liegt, wie die „B. V. Z.“ hört, in der Absicht der Staatsregierung, über die Ausdehnung der Thätigkeit der preussischen Bank auf außerpreussische Handelsplätze die gutachtlichen Meinungen sämtlicher Handelskammern und kaufmännischen Corporationen des Landes einzuholen, um damit die volkswirtschaftlichen Einwendungen durch Männer des praktischen Lebens widerlegen zu lassen.

[Heirath zwischen Dänemark und Rußland.] Nachrichten aus St. Petersburg bestätigen die aus Athen hier eingegangene Mittheilung, nach welcher der König von Griechenland die Absicht habe, sich mit einer Tochter des Großfürsten Konstantin zu vermählen. Da dieselbe sich in einem noch sehr jugendlichen Alter befindet, so wird die Heirath wahrscheinlich erst im Herbst des kommenden Jahres vollzogen werden.

[Der Abg. Kolshofen] ist (wie bereits telegraphisch gemeldet) gestern Morgen auf seinem Gute Steinbrücke bei Bensberg gestorben. Nur wenige Tage krank, verschied derselbe in Folge eines Unterleibsübels in einem Alter von 48 Jahren. Er gehörte der Fraction der deutschen Fortschrittspartei in der Kammer an.

[Conflict zwischen dem Magistrat und der Stadt-Versammlung.] Nachdem der Magistrat in der bekannten Angelegenheit wegen der Erreicherung einer Ober-Aufsichtsstelle im Arbeitsbureau dem Vorsitzenden der Stadt-Versammlung viermal das von demselben beauftragte der Vervollständigung der Vorlage geforderte Schriftstück verweigert und wiederholt die materielle Erledigung der Angelegenheit ohne dies Schriftstück verlangt hatte, beschloß die Stadt-Versammlung am 30. v. M., dem Magistrat auszusprechen, daß sie auf Grund der unter Zustimmung des Magistrats festgestellten Geschäftsordnung, sich nicht in der Lage befände, einen materiellen Beschluß über die Vorlage fassen zu können, solange dieselbe nicht von dem Vorsitzenden der Versammlung als vollständig und zur Beschlussfassung reif erachtet worden ist. Der Magistrat hat nun der Versammlung eröffnet, daß er diesen letzten Beschluß für „geschwundrig“ erachten müsse und schließlich seine beschließigen Beschwerden damit:

„Sollte die Stadtverordneten-Versammlung binnen 14 Tagen unserer gegenwärtigen Aufforderung über unsere hier wieder angeschlossene Vorlage vom 25. Januar v. J. Beschluß zu fassen, nicht Folge geben, so werden wir den Fall nach der Vorschrift der §§ 56, 2 und 36 der Städteordnung zu behandeln und die Entscheidung der königl. Regierung zu Potsdam einzuholen haben. Magistrat zc.“

[Louis Grothe.] Gestern Morgen hat der zum Tode verurtheilte Louis Grothe im Gefängnis sich die Pulsadern in beiden Ellbogen-Gelenken mittelst eines Glaschens durchschnitten, wodurch er soviel Blut — man sagt 6 Quart — verloren haben soll, daß an seinem Aufkommen gewagt wird. Grothe wurde um 5 Uhr Morgens von dem Wächter aufstehend ruhig in seinem Bette gefunden, als dieser jedoch nach ungefähr 10 Minuten in die Zelle des Grothe zurückkehrte, um ihm seine Kleider zu bringen, fand er ihn bereits ohnmächtig und leichenblau, und machte Lärm. Dem Grothe war es gelungen, das Schloß an den Springseil, womit die Arme gefesselt, zu sprengen und hatte er eine Scheibe eingedrückt, und sich so einen Glaschens verschafft, womit er sich die Pulsadern geöffnet, die er vorher sich an dem linken Arme unterbunden hatte.

Belgien.

Brüssel, 22. April. [Das Duell des Kriegsministers. — Aus dem Senat. — Adresse.] Ich glaube Ihnen mit Bestimmtheit melden zu dürfen, daß der Kriegsminister Spajal und sein Gegner Delaet, sowie alle übrigen in das Pistolenduell verwickelten Personen gewiß zur Rechenschaft werden gezogen werden. Die Kammer kann und wird die Ermächtigung zur Verfolgung ihrer betreffenden Mitglieder sicher nicht versagen, und was den Minister angeht, so wird sie diesen der Verfassung gemäß selbst in Anklagestand versetzen müssen. Einer vorübergehenden Bestimmung der Verfassung zufolge, welche durch ein definitives Gesetz bisher nicht aufgehoben worden, gehört der Minister vor die Jurisdiction des vollständig versammelten Cassationshofes, vor dessen Schranken demnach, wie die französische und belgische Jurisprudenz es will, auch alle anderen wegen des Duells anzuklagenden Persönlichkeiten mit ihm erscheinen werden. Wie ich vernehme, ist das Rundschreiben des Hrn. Rogier über den Spajal-Delaet'schen Zweikampf rein confidencielier Natur und nur zur persönlichen Information der belgischen Gesandten, nicht aber zur Uebergabe an die verschiedenen Höfe bestimmt. — Der Senat hat heute das Bauten-Anlehen von 60 Millionen mit 36 gegen 5 Stimmen genehmigt und alsdann den Entwurf auf Aenderung der Zuckergefäßgebung in Angriff genommen. Was letztere angeht, so kann ich Ihnen melden, daß die internationale Uebereinkunft, welche in Betreff dieser Angelegenheit zwischen Holland, Belgien und Frankreich abgeschlossen worden, demnächst auch den Beitritt Englands erhalten wird. Einige Schwierigkeiten, welche von Seiten der letzteren Macht erhoben wurden, hat man in einer eben beendigten neuen Zusammenkunft der Delegirten in London glücklich beseitigt. — Heute Abend hat ein großes Meeting, welches sich unter Vorsitz eines der ersten hiesigen Advokaten, Hrn. Ab. Picard, versammelt hatte, eine Gratulations-Adresse an das amerikanische Volk auf Grund des Falles von Richmond beschlossen. Die Adresse, welche auch der belgisch-amerikanischen Expedition Erwähnung thut, ist unmittelbar nach Beendigung des Meetings unter dem Klange der Musik und beim Glanze der Fackeln von einer unabhäufbaren Volksmenge dem hiesigen Gesandten der Vereinigten Staaten, Hrn. Sanford, übergeben worden. (R. Z.)

Großbritannien.

London, 22. April. [John Stuart Mill.] Von der vorige Woche gehaltenen Versammlung liberaler Wähler Westminster's, welche ihn als Parlamentarier-Candidaten angenommen hat, ist an John Stuart Mill das Verlangen ergangen, daß er der Wählerschaft seine Ansichten über verschiedene politische Fragen allgemeineren Charakters des weiteren auseinandersetze. Herr Mill kommt diesem Verlangen in einem Briefe nach, den er von Avignon, 17. d., an Herrn James Beale gerichtet und für die Deffentlichkeit bestimmt hat. Zehn einzelne Punkte hebt er hervor, über welche er sich klar und bestimmt äußert. Wir geben seine Darlegung mit gelegentlichen Kürzungen in folgendem wieder:

„1) Was parlamentäre Reform betrifft, würde ich sowohl für Hrn. Baines, als für Herrn Lord Ring's Gesetzesentwürfe und gleichermaßen für viel weiter gehende Maßregeln stimmen. Ich möchte eben allen Erwachsenen — Männern und Weibern — welche lesen, schreiben und eine einfache Regelpflicht ausüben können, und die innerhalb einer gewissen Zahl von Jahren keine Gemeindegemeinschaft bezogen haben, das Stimmrecht verleihen. Zugleich aber würde ich, da jeder überwiegende Einfluß einer Klasse mit ein Greuel ist, mich nicht mit einer solchen Vertheilung des Stimmrechtes einverstanden erklären, wodurch irgend eine Klasse, sei sie auch die zahlreichste, alle anderen Klassen zusammengenommen, überstufen könnte. An erster Stelle bin ich der Ansicht, daß alle in sich bedeutende Minoritäten im Lande oder an irgend einem Orte ihrem Zahlenverhältnisse nach vertreten sein sollten. Die vollständige Lösung des Problems bedarf noch gründlicher

Unterforschung und öffentlicher Discussion. Mittlerweile aber würde ich bereit sein, eine Maßregel, welche den arbeitenden Klassen eine reine Hälfte der nationalen Vertretung verschaffen würde, zu unterstützen. — 2) Ich ziehe ein gemischtes System directer und indirecter Besteuerung der einen oder der anderen Art der Besteuerung allein vor. — 3) Jedes civilisirte Land ist berechtigt, seine inneren Angelegenheiten in seiner eigenen Weise zu ordnen, und kein anderes Land hat hierin ein Wort mitzuspreden, weil von dem einen, selbst mit den besten Absichten, ein vollständiges Einverständnis für die inneren Angelegenheiten des anderen nicht zu erwarten ist. Wenn jedoch diese unbestreitbare Freiheit einer unabhängigen Nation schon verlernt worden ist, wenn sie von einer fremden Macht in Unterordnung gehalten wird, sei es direct oder durch Unterstützung heimlicher Tyrannen, so halte ich dafür, daß eine jede Nation das Recht hat, ein solchermaßen gefährdetes Land vor unredlicher Einmischung zu schützen. Ich billige daher das Einschreiten Frankreichs im Jahre 1859, um Italien von dem österreichischen Joche zu befreien, mißbillige dagegen die Einmischung desselben Landes, als es 1849 die Unterthanen des Papstes zur Rückkehr unter die abgeschaltete schlechte Regierung zu zwingen ausging. Doch ist es mit nichts eine notwendige Folge, daß es, weil eine Sache von Rechts wegen gethan werden kann, immer zweckmäßig und förderlich ist, sie zu thun. Ich würde weder zu Gunsten Polens noch Dänemarks für einen Krieg getimmt haben, weil ich davon mehr Uebels als Gutes erwartet haben würde; obwohl ein Einschreiten unsererseits keine Verletzung internationaler Pflichten gewesen wäre. — 4) Betreffs der Rechtsbeschränkungen der Dissenter kann ich mich kurz fassen. Auf Grund des religiösen Bekenntnisses sollte keinerlei Rechtsbeschränkung ergriffen werden. — 5) Die Stimmabgabe bei einer Parlamentswahl ist eine öffentliche und politische Handlung, und es ist meine Ueberzeugung, daß in einem freien Lande alle berechtigten Handlungen angeht die Deffentlichkeit und der Beurtheilung derselben unterworfen vorzunehmen sind. Die Wähler nehmen nicht mehr die herabgewürdigte Stelle ein wie früher; sie brauchen keinen anderen Schutz gegen Einschüchterung, als den Muth, derselben Trost zu bieten. Ich bin deshalb nicht mehr, wie ich es einst war, ein Vertheidiger der geheimen Abstimmung. — 6) Was Sparsamkeit und Reductionen im Staatshaushalte betrifft, so ist es gewiß, daß, hauptsächlich in Folge ungeschickter Verwaltung, große Summen öffentlicher Gelder verschleudert werden, für die das Land keinen entsprechenden Ersatz erhält, und daß wir eine tüchtigere Armee und Flotte, als wir jetzt besitzen, bei bedeutend geringeren Kosten aufbauen könnten. In dieser Hinsicht erwarte ich kaum eine Besserung, als bis durch eine Erweiterung des Stimmrechtes der vermehrte Einfluß der kleineren Steuerzahler eine strengere Ueberwachung der Einzelheiten der Staatsausgaben herbeiführen wird. Doch würde es meiner Ansicht nach nicht gerathen für uns sein zu entwerfen, angeht die großen Militärdespotten Europa's, welche unsere Freiheit wegen des Einflusses, den sie auf die Gemüther ihrer Unterthanen hat, einerseits als die größte Gefahr, andererseits als den größten Vorwurf für sie selbst ansehen, und sich versucht fühlen können, selbst ohne Aussicht auf schließlichem Triumph Streit mit uns anzufangen, in der bloßen Hoffnung, jene nationalen Antipathien wieder ins Leben zu rufen, welche so lange die besten Gemüther Englands und des Continents getrennt gehalten haben. — 7) Ich bin entschieden dafür, daß auch der Grundbesitz stempelsteuerpflichtig sein müsse, und daß als Leihbedingung übermachten Eigentum nach dem vollen Werthe der Erbschaftsteuer zahle und nicht, wie es jetzt der Fall, nur nach dem Werthe des lebenszeitlichen Interesses. — 8) Ich würde jede Maßregel unterstützen, durch welche der Stellenkauf in der Armee abgeschafft werden könnte, ohne dem noch schlimmeren Nepotismus den Weg breiter zu machen. — 9) Ich erlaube mich entschieden gegen die Prügelstrafe, innerhalb und außerhalb der Armee, für gewisse brutale Verbrechen scheint sie mir eine angemessene Strafmethod zu sein. — 10) Die Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, welche zu Arbeitseinstellungen Anlaß geben, scheinen mir ein Gegenstand zu sein, der sich der Kontrolle der Gesetzgebung völlig entzieht. Das Gesetz kann hier meiner Ansicht nach weiter nichts thun, als daß die gleiche Freiheit aller, eine Coalition zu bilden oder sich derselben zu enthalten, gegen Eingriffe schützt. Nach einer hinreichenden Prüfung der Stände des andern werden beide Theile sich wahrscheinlich geneigt zeigen, ihre Streitigkeiten vor ein Schiedsgericht zu bringen. Aber auch dann dürfte den Schiedsrichtern nicht die Macht zustehen, ihrer Entscheidung durch das Gesetz Zwangskraft zu geben; denn in solchen Fällen, wie sie gemeinlich vorliegen würden, ist es unmöglich, ein für allemal einen festen Maßstab des Rechts und der Billigkeit aufzustellen. Die Ordnung der Streitpunkte muß im Allgemeinen die Natur eines Compromisses haben, der nicht auf unänderlichen Prinzipien beruht, sondern durch beiderseitiges Nachgeben zu Stande kommt. Ich will nicht behaupten, daß sich nicht mit der Zeit eine bessere Methode finden wird; es würde jedoch unzeitig sein, so zu handeln, als ob sie schon gefunden wäre.“

[Die Königin] hat sich gestern mit den bei Hofe weilenden Mitgliedern ihrer Familie von Windsor nach Osborne begeben. Soweit es einstweilen festgestellt worden, wird sie auf der Insel Wight bis zum 12. Mai bleiben, dann nach Windsor zurückkehren und am 19. Mai in die schottischen Hochlande reisen.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Turin, 25. April (Abends). Die Deputirtenkammer nahm das Finanzprojekt Sella's, inbegriffen die Anleihe von 225 Millionen, mit 153 Stimmen gegen 47 an. (Witt's T. B.)

Brüssel, 25. April. Nach dem heutigen „Moniteur belge“ dauerte die Besserung des Königs während des gestrigen Tages fort. In der Nacht traten leichte Hustenanfälle wieder. Heute Morgen war der Zustand befriedigend.

Paris, 25. April. Der Attacé der russischen Gesandtschaft, v. Balsch, auf den gestern der Mordanschlag im Gesandtschaftshotel gemacht wurde, ist nur schwer verwundet. Dr. Melaton hofft ihn am Leben erhalten zu können. Der Mörder ist ein ehemaliger russischer Offizier, welchem Balsch das Geld zu einer Reise nach Nizza verweigert hatte.

Breslau, 26. April. [Feuer.] In verfloßener Nacht bald nach halb 1 Uhr erscholl von den Thürmen das Signal, durch welches ein Feuer in der inneren Stadt angekündigt wird. Es brannte in dem der Universität nahe gelegenen Gebäude der Ursulinerstraße und der Stadgasse, dem Gräupner Zwablo gehörig. Der nördliche Horizont erschien stark geröthet, denn schon hatte sich die lichte Gluth über das ganze Dach verbreitet. Wie man auf der Brandstätte hörte, war das Feuer auf dem Boden ausgekommen, und zwar in einem Taubenschlage, dessen gefiederte Bewohner ängstlich umherliefen. Die Feuerwehre war schnell auf dem Platze; die erste Hilfe kam von der Station in der Obervorstadt, und durch ihre energischen Bemühungen wurde die Gefahr rasch beseitigt, obwohl die Flammen in dem Holzwerk wie in den aufgespeicherten Vorräthen reichliche Nahrung gefunden hatten. Noch vor 1 Uhr war der Brand gelöscht. Da die Flammen nicht weit vorgedrungen sind und keine bewohnten Räume erreicht haben, kann der Schaden verhältnismäßig nicht erheblich sein. Die Entstehungsart des Feuers ist bisher nicht ermittelt.

Breslau, 26. April. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Blücherplog 8 drei Oberbetten und ein Kopskissen mit roth- und weißgestreiften Inletten und ein Unterbett mit blauegestreiften Inletten; Kegerberg 13 sechs Stuhlgrün- und weißgestreifte Gartenstühle; Stadgasse 28 ein Ober- und ein Unterbett mit blau- und weißgestreiften Inletten von Drill, drei Kopskissen mit weiß- und blauegestreiften und ein Kopskissen mit weiß- und rothgestreiften Inletten; einer Frau, während ihres Verweilens an der Gepäds-Ausgabe auf dem Freiburger Bahnhofe, aus der Tasche ihres Kleides, ein Portemonnaie mit 10 Thlr. Inhalt; Rosenbalkenstr. 7 ein schwarzer Pelz mit grauem Tuch-Überzuge und ein sogenannter Futterack, gez. Kugler; außerhalb Breslau aus verfloßener Totalität eine goldene Halskette von Neugold mit Roralen-Riegeln, ein Paar vergoldete Ohrgehänge, ein goldener Ring, gez. J. D. und sechs Thlr. baarcs Geld; einem Gärtnergehilfen ein Paar graue Bundsack-Beinkleider und ein weißleines Hemde.

Gefunden wurden: Eine Ledertasche, in welcher sich ein weißes Taschentuch befand; eine Brieftasche mit diversen Briefen; ein silberner Fingerring; eine Brieftasche mit fünf Militärattesten, auf August Neubauer lautend; ein Paar zugespitzte Herrenhandschuhe; ein Schriftstück mit der Ueberschrift: „Inventarium des Commissionslagers von G. Hausdorff“; ein schwarzes leinwandenes Herrensäckchen; eine Botanisirtrommel; ein Schußblei, auf Adolf Klose lautend; 1/2 Elle, schwarz, weiß und gelb gestreiftes Medaillenband.

Verloren wurden: Eine grünleberne Brieftasche, in welcher sich zwei Photographien und ein Pfandchein befanden; zwei Ehrenzeichen (Verdienst-Medaillen für fünfjährige Dienstzeit und Kriegsdienstauszeichnung pro 1813, 14). (Unglücksfall.) Am 24ten d. Mts., Vormittags, wurde auf der Schmeidnitzer-Straße ein Arbeitermann von einer Droßke zu Boden ge-

rissen, derselbe trug, da er dem Ueberfahren entging, nur leichte Contusionen davon.

Angekommen: b. Lebbin, Regierungs-Ober-Präsidial-Rath, aus Posen. (Pol.-Bl.)

Breslau, 25. April. [Marktverkehr.] Bei dem am 24. d. M. hierorts stattgehabten Roß- und Viehmarkt waren zum Verkauf aufgestellt: circa 1500 Pferde, worunter 50 Stute junge Pferde, 130 Stute Ochsen, 110 Stute Kühe, 40 Stute derselben mit Kalbern, 3 St. Gelb, 8 St. Ziegen und 535 Stute Schweine. Gute Reit- und Wagen-Pferde waren ungefähr 200 Stute vorhanden, doch wurde nur ein geringer Theil derselben zum Preise von 200 bis 310 Thlr. das Stute abgesetzt; mehr gesucht waren dagegen gute Arbeits-Pferde zum Preise von über und unter 100 Thlr. das Stute; junge Pferde wurden mit 50 bis 300 Thlr. das Stute bezahlt. Am günstigsten gestaltete sich der Absatz an Rindvieh, das zum größten Theil in andere Hände käuflich überging, und wurden Ochsen mit 20 bis 80 Thlr., Kühe dagegen mit 15—60 Thlr. das Stute bezahlt. Gelb und Ziegen fanden keinen Absatz. Von den zu Markte gebrachten 535 Stute Schweinen wurden nur 240 Stute zum Preise von 6—30 Thlr. das Paar verkauft. (Pol.-Bl.)

2. Gölitz, 24. April. [Gehaltsregulierungscommission. — Preßprozeß. — Parterweiterung. — Major v. Bönigk. — Blumen-Ausstellung.] Aus Anlaß des Beschlusses der Stadtverordneten-Versammlung wegen Erhöhung des Gehalts der Gymnasial- und Realschullehrer hat der Magistrat nunmehr eine Commission niedergelegt, um über eine durchgängige Regulierung der Gehälter der von der Stadt angestellten Beamten zu beraten. Es soll dabei auf eine zeitgemäße Feststellung der Besoldungen Rücksicht genommen und jeder Zweig der städtischen Verwaltung in's Auge gefaßt werden. Die Commission hat dem Magistrat ihre Vorschläge zu machen, der sie nach näherer Prüfung der Stadtverordneten-Versammlung zugehen lassen wird. — Nach einer Mittheilung des „Gölitzer Anzeigers“ hat die Staatsanwaltschaft die Confiscation der Palmsonntags-Nummer aufrecht erhalten und es steht sonach die Einleitung eines Preßprozesses gegen die Redaction und den Abgeordneten Dr. Paul in Aussicht. Außerdem scheint noch ein anderer Preßprozeß gegen den „Anzeiger“ wegen einer Bemerkung über den Kalender des preussischen Volksvereins und zwei Preßprozeße gegen die Redaction der „Niederschl. Ztg.“ — Unter Part wird jetzt auch jenseits des Viadruc's erweitert, indem die dort vorhandenen letzten Lehnen am Ufer der Neisse bepflanzt und mit Brombeeren versehen werden. Das ist eine wesentliche Verbesserung, aber noch mehr wäre die Bepflanzung der gegenüberliegenden talen Hügel zu wünschen. — Unter den am 18. April beendigten Offizieren befindet sich auch der zum Major im 15. Infant-Regiment ernannte Hauptmann v. Bönigk vom 5. Jäger-Bataillon. Derselbe hat sich durch seine geognostischen Forschungen in der Umgegend von Gölitz verdient gemacht, wie er denn überhaupt durch seine wissenschaftliche Thätigkeit sich auszeichnete. Er ist der erste active Offizier gewesen, der zu den Beamten der naturforschenden Gesellschaft gehört hat. Die Sammlungen derselben hat er auch den Jägern seiner Compagnie nutzbar zu machen gewußt, indem er ihnen in denselben naturwissenschaftliche Vorträge gehalten hat, um sie mit den am häufigsten vorkommenden Gölitz, Steinen zc. bekannt zu machen. — Zu der in voriger Woche abgehaltenen Blumen-Ausstellung hatte der Minister der Landwirtschaft 100 Thlr. als Beihilfe gesendet und 3 ei Preismedaillen zur Verfügung gestellt. — Bekanntlich wird mit Neujahr das der Stadt gehörige, bisher am Kreisgericht benutzte Gebäude am Untermarkt wieder zur freien Verfügung der Commune gestellt. Da sich dasselbe mit der Stadtmage und einer Anzahl kleiner Häuser in der Mitte des Untermarkts befindet, der dadurch eine ringförmige Gestalt erhält, so taucht jetzt wieder der schon mehrfach angeregte Plan auf, die sämtlichen Gebäude abreißen zu lassen, um einen größeren freien Platz herzustellen. Die früheren Unterhandlungen mit den Eigenthümern haben sich an den hohen Forderungen gescheitert. Die Folge dieser Aenderung würde der Neubau des Rathhauses sein müssen, da dasselbe nur mit Zuschussnahme des Kreisgerichtsgebäudes ausreicht.

Grünberg, 24. April. [Lehrer-Vacanz an der Realschule.] Der zu bedauernde Verlust, welcher unserer Realschule nach einer früheren Mittheilung in Nr. 167 der Bresl. Ztg. drohte, ist nun in Wirklichkeit eingetreten. Herr Oberlehrer H. hat heute vom Provinzial-Schul-Collegium die Weisung erhalten, sich angesichts der ihm zugegangenen Verfügung nach Bunzlau zu begeben und dort bis zu seiner Befähigung die vacante Prorectorstelle am Gymnasium, für welche er gewählt worden, commissarisch zu versehen. Nicht bloß von den Schülern unserer Anstalt und deren Eltern, sondern auch in sonstigen geselligen Kreisen und dem Vereinsleben, in welchem er sich durch seine gegebenen Vorträge große Gunst im Publikum und viele Freunde erworben, wird er sehr recht sehr vermisst und die Stadt Bunzlau um seinen Besiß von uns benieden werden. — Durch seinen Abgang wird an unserer Realschule eine mit 600 Thlrn. dotirte Lehrerstelle vacant und müssen Bewerber um dieselbe die Befähigung zum Unterricht für die oberen Klassen in Deutsch und Latein, für die mittleren Klassen in Geschichte und Französisch nachweisen. Außerdem wird zu Michaelis die Befähigung noch einer anderen Lehrerstelle an hiesiger Realschule erfolgen, die schon in Kürze ausgeschrieben werden dürfte, da deren jetziger probatorischer Inhaber keine Aussicht auf definitive Anstellung hat. Die Stadtverordneten haben in ihrer letzten Sitzung auf Vorschlag des Magistrats im wohlverstandenen Interesse der Schule beschlossen, qu. Stelle, für welche die Befähigung zum Unterricht in der Chemie in den oberen und Mathematik in den mittleren Klassen, Latein, Deutsch und Naturgeschichte für die unteren Klassen gefordert wird, nicht mehr wie vor Jahresfrist mit 400 Thlr., sondern diesmal gleich mit 500 Thlr. Gehalt behufs sicherer Erlangung einer qualifizirten Lehrkraft, zu dotiren.

Görschberg, 24. April. [Die öffentliche Prüfung in hiesiger Gewerbe-Fortbildungsschule] fand gestern von Nachmittag 3 Uhr an statt. Hr. Institutslehrer Schmidt, welcher als Vorstandsmitglied die Unterrichts-Angelegenheiten leitet, gab zunächst eine Uebersicht der Schulverhältnisse des abgelaufenen Schuljahres. Die Anstalt wurde im vergangenem Sommer von 113 im Winter von 138 Schülern besucht und hat sich in ihrer wohlthätigen Wirksamkeit bewährt. Der Schulbesuch war im Ganzen ein regelmäßiger; viele Schüler veräumten keine Stunde. Fleiß und Fortschritte der Schöpfung befriedigten ebenfalls und waren bei Einzelnen sogar herborragend, wie solches die nachfolgende Prüfung, in welcher die geistige Reifheit der Schüler unternehmbar herbortrat, vollständig bestätigte. Geprüft wurde im Rechnen (Abth. I. und II.), im Deutschen (Abth. I.), in der Chemie und Stereometrie, sowie im Gesange. Die ausgelegten Zeichnungen befriedigten sehr. Besonders herborragend waren die Leistungen eines Malerlehrlings, dessen Befähigung offenbar den künftigen vollendeten Künstler verrieth. Leider ist derselbe zu arm, um aus eigenen Mitteln seine weitere künstlerische Ausbildung zu betreiben. — Nach beendigtem Prüfungsgeschehn brachte der Vorsteher der Anstalt, Hr. Bürgermeister Vogt, an 9 Schüler eine Prämie von je 10 Sgr. aus dem Vesperischen Legat zur Vertheilung und dankte den Zuhörern für die bewiesene Theilnahme, den Lehrern aber für ihre aufopfernde Mühe. Nachdem noch die Klassenvertheilung bekannt gemacht worden war, wurde mit Vertheilung der Censurbücher geschlossen. — Als Lehrer wirkten an der Anstalt außer Hrn. Schmidt noch die Stadtschullehrer Lungwitz, Lehmann und Gänfel. Den Unterricht im Zeichnen ertheilte: Walter Uebach (freies Handzeichnen, II. Abth.) und Maurermeister Timm (Baueichnen), während die Neuwahl eines Zeichenlehrers für die I. Abth. an Stelle des vor Kurzem verstorbenen penf. Controleurs Schumm, welcher mit vielem Erfolge und allgemein anerkanntem Fleiße den Unterricht im freien Handzeichnen der oberen Abtheilung erteilt hat, noch im Laufe dieser Woche, in welcher die Aufnahme der neuen Schöpfung erfolgt, stattfinden soll. Durch die eingeführte Zahlung eines Schulgeldes von halbjährlich 7 1/2 Sgr. wird durchaus kein Schüler vom Besuche der Anstalt abgehalten, indem der Unterricht nach wie vor für die Vermerken frei ist und nur von der Ordnung willen die Beibringung einer betreffenden kurzen Bescheinigung, welche die Eltern oder Lehrherren ausstellen haben, verlangt wird.

Reichenbach, 24. April. [Verschiedenes.] Heute Nacht gegen drei Uhr brannte in der Nähe des Schlosses zu Peterswalbau eine mit Stroß gefüllte Scheune ab. — Der jüngst in Reichenbach vorgekommene Brand hat wieder auf's Neue die Nothwendigkeit der Bildung einer freiwilligen Feuerwehre herausgestellt. Unsere Stadt ist zum Theil noch so schlecht gebaut, daß ein Brand leicht bedeutende Dimensionen annehmen kann; die Wachmannschaften sind wenig organisiert. In Reichenbach wie in Grnsdorf hatten die Turnvereine die Sache früher in die Hand genommen, in beiden Orten jedoch scheint man den Versuch wieder aufgegeben zu haben. Vielleicht regen diese Fellen die so überaus wichtige Sache nochmals an. — Seit fast einem Jahrzehnt beraten die Väter unserer Stadt von Zeit zu Zeit über die Nothwendigkeit des Baues eines neuen Rathhauses, und eben so lange wird der Bau sistirt, weil es der Commune an Mitteln fehlt, und der alte Bau noch immer hält. Nun ist in neuester Zeit wieder ein besorgniserregender Riß im Rathhause sichtbar geworden, und manche Leute schütteln darüber bedenklich den Kopf, aber — hat das Haus so lange gehalten, wird es hoffentlich auch noch bis auf unsere Nachkommen in zweiter oder dritter Generation Dienste leisten können. — Die

